

Mit Bürgergeld wurde nichts einfacher

ERFAHRUNGSBERICHT Arbeitsloseninitiative kritisiert Bürokratie und eine nicht auskömmliche Finanzierung der Reform

VON HARTMUT SIEFKEN

WILHELMSHAVEN – Seit einem Dreivierteljahr gibt es das Bürgergeld. Es ersetzt das ehemalige Arbeitslosengeld 2 und die Sozialhilfe. Mehr Respekt und bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wurden von der Ampel-Koalition mit der Einführung versprochen. Das Versprechen wird nicht gehalten, sagt die Arbeitsloseninitiative (AI) Wilhelmshaven-Friesland.

Die jetzt beschlossene Kindergrundsicherung sei ein „riesengroßer Reifall“, stellt AI-Vorsitzender Olaf Schubert überdies fest. Sie bringe kaum Verbesserungen, teils sogar Verschlechterungen, wie bei alleinziehenden Berufstätigen. Das räumt auch das Bundesfamilienministerium ein, was allerdings darauf, dass dies nur der Fall sei, wenn der andere Elternteil für das Kind hohes Unterhalt zahle.

Deutschland ist Billiglohnland

Meldungen, beispielsweise aus der Reinigungsbranche, dass Geringverdienere ihren Job kündigen und lieber Bürgergeld kassieren, verweist Schubert ins Reich der Fabel. Vielmehr hätten die Hartz-Gesetze im Verein mit der Zeitarbeitsgesetzgebung und der Tariflöhne vieler Unternehmen Deutschland zum Billiglohnland gemacht. „Wir haben heute viel mehr Aufstocker in der Beratung als in früheren Jahren“, sagt Schubert.

Scharf kritisiert der Sozialrechtsexperte, dass das Bürgergeld nicht zu weniger Bürokratie führe, sondern eher das Gegenteil. Die aktuelle Broschüre des Paritätischen Gesamtverbands Deutschland ist 52 Sei-



Im Jobcenter hält ein Mann einen Antrag auf Bürgergeld in der Hand. In der Praxis hat sich durch die Sozialhilfe reform nichts verbessert, beklagt die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland.

BILD: ANDREAS SCHUBERT

ten stark und macht deutlich, wie komplex die Materie immer noch ist und wie leicht Anspruchsberechtigte in für sie teure Fallen tappen können.

Brandbrief aus einem Jobcenter

Schubert verweist auf einen anonymen Brandbrief einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters aus dem Jobcenter Dortmund, der auch auf Wilhelmshaven zutrafte. Statt 150 bis 180 Kunden zu beraten, zu fördern und bei der Jobsuche zu begleiten, seien es bis zu 500 Klienten, die dann nicht mehr angemessen betreut würden. Der „Buchhalter“ schildert die „Buchhalterischen“ Tricks, mit der sie viele Behördeneleitungen „in die Tasche lögen“ würden und die zu inneren oder tatsächlichen Kündigungen vieler Mitarbeiter führten. Hinzu kommt laut Schubert die katastrophale

Kommunikation mit den Klienten. Das Wilhelmshaven-Jobcenter sei eines der letzten gewesen, dass nach der Corona-Kontaktstopp wieder für seine Klienten geöffnet habe. Es sei immer wieder festzustellen gewesen, dass Anträge oder Nachweisdokumente, die in den Briefkästen des Jobcenters geworfen wurden, angeblich nicht angekommen seien. „Wir empfehlen deshalb, alles per E-Mail zu schicken oder per Fax zu übersenden. Das ist rechtssicher“, sagt er.

Software für Berechnung fehler

Senden man Unterlagen digital, erhalte man regelmäßig die Aufforderung, es noch einmal auf Papier einzuziehen. E-Mail-Verkehr oder Videokonferenzen mit den Klienten – nicht möglich.

Unnötig und datenschutzrechtlich zweifelhaft sei die Forderung des Jobcenters,

zwecks Weiterbewilligung des Bürgergeldes eine Vermieterbescheinigung über den Fortbestand des Mietvertrages und die korrekte Zahlung der Miete beizubringen. Das könnte der Klient stattdessen durch Kofotosausgabe belegen.

Problematisch sei, dass sich das Jobcenter bei seinen Entscheidungen nicht selten irt, den Irrtum jedoch selten anerkenne. Das Problem hätten die Betroffenen, die wegen ausbleibender Zahlungen sofort in die Bredouille kämen.

Auf die Bewilligung von Wohngeld hätten Bezugsberechtigten in jüngerer Vergangenheit bis zu neun Monate warten müssen. Ein „Schilddrüsenkrebs“ sei gewesen, dass die Jobcenter nicht rechtzeitig mit der Einführung des Bürgergeldes mit der entsprechenden Software ausgestattet gewesen seien. So seien beispielsweise neue Freibeträge nicht richtig berücksichtigt worden, sondern noch mit

DAS BÜRGERGELD

Der Regelsatz beträgt zuletzt 502 Euro, bei Paaren in einer Bedarfsgemeinschaft sind es 451 Euro pro Person. 18- bis 24-jährige Kinder erhalten 402 Euro, 14- bis 17-jährige 420 Euro, 6- bis 13-jährige 348 Euro und unter-6-jährige 318 Euro. Das sei viel zu wenig, so AI-Vorsitzender Schubert, und das gelte auch für die ab 2024 um zwölf Prozent erhöhten Sätze.

Nach Berechnung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Deutschland werden 812 Euro als Regelsatz für eine alleinlebende Person

benötigt, um ein menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern. Hinzuzurechnen seien Miete, Heizung und Stromkosten. So der Wilhelmshaven-AI-Vorsitzende Olaf Schubert.

Die Kindergrundsicherung fasst die Leistungen zusammen, die aktuell die Existenzsicherung des Kindes sicherstellen sollen und Familien finanziell fördern (Kinderbonus, Kinderzuschlag, SGB II und SGB XII-Leistung für Kinder, Teile des Bildungs- und Teilhabepaketes).

den alten Programmen berechnet werden. „Unsere Klienten verstehen die Welt nicht mehr“, klagt Schubert.

Fördern statt fördern – davon könne immer weniger die Rede sein. Die Mittel für Eingliederung in den Berufsalltag würden weiter gekürzt. Das Sanktionsregime dagegen sei mindestens so rigid wie vor der Reform.

Beratungsdienst nimmt zu

Die Überlastung der Jobcenter-Mitarbeiter bekommen laut Schubert die Berater der AI zu spüren. Während Corona habe sich der Bedarf auf 6000 Beratungen im Jahr 2021 verdoppelt, in diesem Jahr pendele sich die Anzahl der Beratungen bei 4000 ein. Zu dieser Beratung „auf Augenhöhe“ mit den Klienten sei das Jobcenter eigentlich selbst verpflichtet, die AI nehme dann Stadt die Arbeit ab, werde



Olaf Schubert, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative, kritisiert die Ausgestaltung der Bürgergeldreform.

BILD: ANDREAS SCHUBERT

aber nicht auskömmlich unterstützt. Wenn die Stadt keinen Zuschuss zahlen sollte, müsste man in den hauptamtlichen Sozialberatern und Geschäftsführern wieder für zwei Monate entlassen. Von den insgesamt vier Beratern arbeiten drei ehrenamtlich.